BESCHLUSSANTRAG

FÜR DIE 13. SITZUNG DES KREISTAGES AM 16.03.2022

[X] Öffentlich [ ] Nichtöffentlich

Drucksachennummer: (WIRD DURCH BKT VERGEBEN)

Sichtvermerk Dezernat:

Einreicher: Fraktion AfD-Die Konservativen

Beteiligte Ämter:

Dezernat/Amt:

Amt	Datum	Signatur	Amt	Datum	Signatur

Betreff

Verbot der ideologischen Sprachanpassungen (Gendersprache)

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt, der Kreisverwaltung den Einsatz der Gendersprache mit sofortiger Wirkung zu untersagen.

Finanzielle Auswirkungen

Haushaltsmäßige Berührung:

[ ] Ja [ ] Nein

Ergebnishaushalt [ ]

Finanzhaushalt [ ]

Deckungsvorschlag:

berührte Produktkonten:

Erträge/Einzahlungen:

Aufwendungen/Auszahlungen:

Amtsleiter/in

Kämmerei:

Datum / Unterschrift

Unterschrift des Einreichers

Beratungsergebnis

Ausschuss	Datum	Dafür	Dagegen	Enthaltung	Einstimmig	Mehrheit	Beschl.-Nr.
KT	16.03.2022						
A1	28.02.2022						

Die Verwaltung sowie kommunale Amtsträger, wie zum Beispiel der Landrat, unterliegen dem Neutralitätsgebot. Sie haben demnach ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen.

Die Anwendung der Gendersprache ist jedoch vorrangig ein ideologisches Ziel der politisch Linken.

Die Deutsche Gesellschaft für Transsexualität und Intersexualität dgti e.V. geht bei Trans-Menschen (Menschen, die sich weder komplett als Frau oder Mann sehen) von einem **Bevölkerungsanteil 0,6 %** aus. Die Daten der melderechtlich registrierten diversen Menschen liegen weit darunter.

Die Fraktion AfD-Die Konservativen ist daher der Auffassung, dass eine Anpassung der Sprache aufgrund einer solch kleinen Gruppe unverhältnismäßig ist und steht dafür ein, dass Toleranz und Akzeptanz auch Minderheiten abverlangt werden darf.